

Medien

Mehr Vielfalt, weniger Staat

Unabhängige, freie Medien (Presse, Radio, Fernsehen, Internet, Social Media) sowie der Wettbewerb zwischen den einzelnen Medienanbietern garantieren eine lebendige und funktionierende Demokratie. Staatliche Beeinflussung wie auch übermäßige Regulierungen sind Gift für Freiheit und Meinungsvielfalt und führen zu einem Monopol. Mehr Wettbewerb, eine enge Definition des Service Public, mehr Transparenz und weniger gesetzliche Fesseln für private Anbieter prägen eine freiheitliche Medienpolitik.



Direkte und indirekte staatliche Medienförderung nimmt zu

Die Medienlandschaft verändert sich laufend und mit ihr auch die Gewohnheiten der Medienkonsumenten. An Beliebtheit gewinnende Gratisangebote im Print- und Internetbereich sorgen dabei nicht nur für mehr Vielfalt und Wettbewerb, sondern bedrängen gleichzeitig auch die traditionellen Medienprodukte. Zeitungen verlieren Inserate und Leser und damit Geld. Interessant ist, dass es jene Medien besonders trifft, die von sich behaupten, als «Qualitätsmedien» unterwegs zu sein. Diese Entwicklung nennt sich «Marktwirtschaft». Wenn es günstigere, bessere oder informativere Medienangebote gibt, wechseln die Kunden. Daran ändern auch grosszügig ausgeschüttete Subventionen und Fördermassnahmen nichts. Diese führen im Gegenteil zu höherer staatlicher Abhängigkeit und damit letztlich sogar zu einer Verringerung der Medienvielfalt, da viele Anbieter getreu dem Motto «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing» die Botschaft ihres Gönners ungefiltert und unkritisch weitergeben und damit zu einem staatlichen Medienorgan werden.

Missbrauch des Begriffs «Service Public»

Diese Entwicklung ist aber nicht nur im Printbereich mit der nicht mehr zeitgemässen Presseförderung zu beobachten, sondern vor allem im Fernseh- und Radiobereich. Der Quasi-Monopolist SRG steht dort aufgrund diverser Gesetzesrevisionen praktisch ohne Konkurrenz da. Die Schweizerinnen und Schweizer zahlen wohl die weltweit höchsten Radio- und Fern-

sehgebühren. Unter dem schwammigen Oberbegriff «Service Public» wurden der Radio- und Fernsbereich massiv ausgebaut. Jede Nische wurde mit einem Spartenprogramm besetzt, jede noch so kleine Zielgruppe durch Angebote abgeholt. Im Zusammenhang mit der «No Billag»-Abstimmung versprach die SRG im Jahr 2018, ihr Angebot und die Kosten zu senken. Passiert ist wenig.

Im Gegenteil: Die SRG breitet sich immer mehr im Internet aus. Doch da gibt es bereits so viele private Anbieter, dass es gar keinen staatlich geförderten Anbieter braucht.

Für mehr Freiheit und Unabhängigkeit im Medienbereich

Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ist zentral für eine funktionierende Demokratie. Ein neues Mediengesetz, welches staatliche Förderungen von Medien zementiert, ja sogar ausbaut, lehnt die SVP ab. Staatliche Medienförderungsmassnahmen sind vielmehr aufzuheben und nicht noch auszubauen. Der über Jahre praktizierte Missbrauch des Begriffs «Service Public» ist zu beheben. Mit einer engen Definition soll ein SRG-Grundangebot in den Sprachregionen, namentlich im Informationsbereich, sichergestellt werden. Die restlichen Programme und Themen sind dem freien Markt zu überlassen.

Radio- und TV-Gebühren auf max. 300 Franken senken

Damit könnten die Radio- und Fernsehgebühren auf maximal 300 Franken jährlich zurückgefahren werden. Die Unterneh-

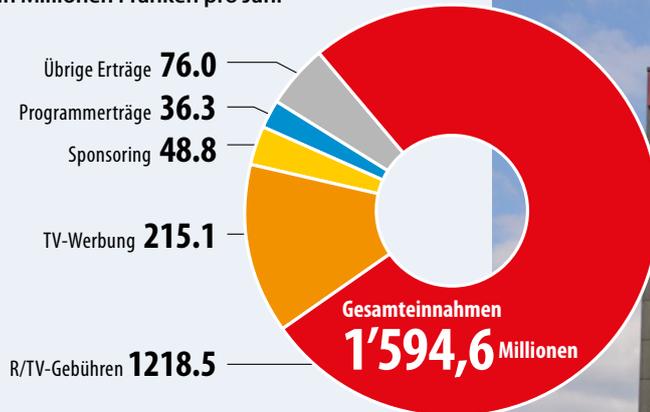
men sollen gänzlich davon befreit werden. Öffentlich-rechtliche Sender sollen weiterhin Gebührengelder bekommen, Werbung soll ihnen aber nicht mehr erlaubt sein. Diese ist den privaten Anbietern vorbehalten, die im Gegenzug aber keine Gebührengelder bekommen sollen. Die Verwendung von Geld aus dem Gebührentopf für immer neue Bedürfnisse, etwa zur Finanzierung der SDA, aber auch die geplante staatliche Unterstützung von Internet-Zeitungen, ist zu verhindern. Hier spielt der Markt heute schon ohne Förderung.

Mehr Transparenz, mehr Freiheit

Durch mehr Transparenz in der Rechnungslegung der SRG und mit der Beschränkung des Grundangebots auf den Informationsbereich bei Radio und Fernsehen, könnten die staatlichen Medienabgaben massiv reduziert werden. Das Ganze würde dabei ohne Abstriche an der Themenauswahl, ohne Qualitätsverlust, mit mehr Freiheit und weniger staatlichem Einfluss erfolgen – für eine unabhängige, lebendige und starke Demokratie.

So wird die SRG finanziert

In Millionen Franken pro Jahr



Die SRG finanziert sich zu rund 76 Prozent aus Gebührengeldern (Stand: 2017/2018). Weitere 14 Prozent des Budgets stammen aus TV-Werbung, 3 Prozent aus Sponsoring. Mit Programmverkäufen an andere Medienhäuser, private und öffentliche Institutionen sowie mit Erträgen aus Koproduktionen erwirtschaftet die SRG 2 Prozent. Die restlichen 5 Prozent stammen hauptsächlich aus Bundesbeiträgen für SWI swissinfo.ch und tvsvizzera. it sowie für die Zusammenarbeit mit 3sat und TV5 Monde, aus Dienstleistungserträgen der Gebäudevermietung, Einnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Sat-Access-Karten sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Liegenschaften.

Standpunkte

Die SVP ...

- begrüsst eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft;
- verlangt eine Beschränkung des von Gebührgeldern finanzierten Service Public auf Leistungen, die zwingend bereitgestellt werden müssen und nicht von Privaten erbracht werden können. Damit soll namentlich ein Grundangebot im Bereich der Information in den vier Landessprachen sichergestellt werden;
- fordert eine Senkung der Empfangsgebühren auf maximal 300 Franken jährlich. Unternehmen sollen davon befreit werden;
- bekämpft die Ausdehnung der staatlichen Förderung auf die SDA sowie auf private Online-Newsportale und weitere Medien;
- setzt sich ein für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten);
- wehrt sich gegen die absolute Monopolstellung der SRG und unterstützt die Verbreitung von alternativen, ungefilterten und privaten Kommunikationskanälen;
- fordert, dass die Revision der SRG-Konzession sistiert und die bestehende SRG-Konzession bis 2020 verlängert wird;
- bekämpft die Verbreitung einseitiger Behördenpropaganda;
- lehnt selektive Werbeverbote ab. Alle Produkte, die legal erhältlich sind, sollen beworben werden dürfen.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Konsument mehr Auswahl und bessere Programme bei tieferen Gebühren;
- ✓ als mündigem Bürger und Wähler weniger staatliche Bevormundung und Beeinflussung;
- ✓ als Medienschaffendem weniger Einflussnahme durch den Staat, mehr Freiheit und Unabhängigkeit;
- ✓ als Unternehmer vernünftige Werbemöglichkeiten für meine Produkte zu besseren Konditionen und keine Radio- sowie TV-Gebühren mehr im Unternehmen.